

NIEDERSCHRIFT

über die **öffentliche Gemeinderatssitzung**, stattgefunden am Donnerstag, den 28. Mai 2020 mit Beginn um 18:15 Uhr in der Koralmhalle, Frauentaler Straße 48, 8530 Deutschlandsberg.

Beginn / Ende: 18:15 – 21:42 Uhr

Anwesend: Bgm. Mag. Josef Wallner
Vzbgm. Anton Fabian
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic
Fin.Ref. Dr. Josef Faulend-Klauser
SRⁱⁿ Barbara Spiz
SR Herbert Widmar

DI Dr. Klaus Aichholzer, DI Peter Bainschab, Hildegard Ehmann-Krois, MSc, Manfred Fink, Horst Kappaun, Alfred Klug, Christoph Koch, Elisabeth Koch, Dr.ⁱⁿ Astrid Maier-Ferra, Peter Michelitsch, Peter Neumeister, Mag. Marc Ortner, Mag.^a Patrizia Pobernel, DI Markus Pongratz, Gerhard Reinisch, Johannes Schmuck, Christian Schwabl, Ruth Siegel, DI Werner Stadler, Dr. Leopold Strobl, Ing. Michael Wallner, Walter Weiss, MSc, Roswitha Zerha

Entschuldigt: Harald Lederer, Johann Lenz

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

1. Fragestunde
2. Grundangelegenheiten
 - a. Wegberichtigung – Verlegung öffentliches Gut Gst. Nr. 532 KG Mitterspiel
 - b. Löschung Wiederkaufsrecht – EZ 93 KG Osterwitz
 - c. Neubenennung Huberta-Wieser-Platz
 - d. Grundstücksankauf – Gst. Nr. 511/6 KG Unterlaufeneegg
3. Jagdvergaben
 - a. Gemeindejagd Gams
 - b. Gemeindejagd Niedergams
 - c. Gemeindejagd Vochera
4. Vereinbarung mit der Graz-Köflacher Bahn und Busbetrieb GmbH – Planung, Bau, Erhaltung, Finanzierung des nahverkehrsgerechten Ausbaues des GKB Bahnhofes Deutschlandsberg
5. Rechnungsprüfungsausschuss – Bericht
6. Rechnungsabschluss 2019
7. Subventionen
8. Anhebung der Höchstgrenze Kassenstärker zur Sicherstellung der Liquidität im Rahmen von SARS-CoV-2 (COVID-19)
9. Darlehensaufnahmen
10. Resolution „*Rettungsschirm für Gemeinden*“
11. Behandlung von Dringlichkeitsanträgen
12. Berichte

Bürgermeister Mag. Josef Wallner begrüßt die Erschienenen und stellt fest, dass die Tagesordnung fristgerecht zugestellt wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Bürgermeister stellt fest, dass 7 Dringlichkeitsanträge eingebracht wurden. Es wird der *e i n s t i m m i g e* Beschluss gefasst, diese Dringlichkeitsanträge am Ende der Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt 13. „*Behandlung von neu eingebrachten Dringlichkeitsanträgen*“ zu behandeln.

1. Fragestunde

Anfrage SRⁱⁿ Spiz:

In den Medien war zu lesen, dass es im Bundesschulzentrum umfangreiche Umbauarbeiten geben wird. Welche Kosten hat die Stadtgemeinde dabei zu tragen?

Antwort Bürgermeister Mag. Wallner:

Aufgrund des vom Unterrichtsministerium erstellten Schulentwicklungsplanes wird durch die BIG (Bundesimmobiliengesellschaft) eine Funktionssanierung nach 41 Betriebsjahren durchgeführt. Der Stadt entstehen dadurch keine Kosten. Die Baumaßnahmen werden in 1 bis 2 Jahren beginnen.

Anfrage GR Klug:

In welchen Räumlichkeiten wird die AHS-Unterstufe künftig untergebracht?

Antwort Bürgermeister Mag. Wallner:

Die AHS-Unterstufenklasse wird in den Räumlichkeiten der Neuen Mittelschule 2 untergebracht. Es gab in diesem Zusammenhang bereits positive Verhandlungen mit der Bildungsdirektion Steiermark sowie den betroffenen DirektorInnen. Derzeit gibt es 20 Anmeldungen, insgesamt könnten 32 SchülerInnen in dieser Klasse unterrichtet werden. Der befürchtete Abzug von SchülerInnen aus den Neuen Mittelschulen des Bezirkes war aufgrund dieser Zahlen daher unbegründet.

Anfrage GR Mag. Ortner:

Im Prüfbericht des Landes Steiermark wurde die Vorgehensweise im Zusammenhang mit der Eintreibung von Rückständen nach der BAO durch ein Inkassobüro sowie Intransparenz beim Wirtschafts- und Entwicklungsverein bemängelt. Wurden diese Mängel bereits beseitigt?

Antwort Bürgermeister Mag. Wallner:

Sämtliche Punkte des Prüfberichtes wurden abgearbeitet und die Vorgehensweise bei der Geltendmachung von Ansprüchen im Sinne der Vorgaben angepasst. Für den Wirtschafts- und Entwicklungsverein wird mittlerweile eine Budgetplanung sowie Bilanzierung durchgeführt. Das bestehende Organigramm der Stadtgemeinde soll nach der Gemeinderatswahl an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Die Einführung einer Beteiligungsverwaltung als weitere organisatorische Maßnahme ist geplant.

Anfrage GR Mag. Ortner:

Es ist offensichtlich, dass im Gemeindegebiet zahlreiche Firmen- und Werbetafeln aufgestellt sind, wobei die rechtskonforme Anbringung dieser Tafeln oftmals fraglich erscheint. Um eine rechtlich gesicherte Vorgehensweise sicherzustellen wäre die Erlassung einer gemeindeeigenen Plakatierverordnung sinnvoll. Wie stehen die Chancen, dass wir so eine Verordnung in der kommenden Gemeinderatsperiode gemeinsam umsetzen?

Antwort Bürgermeister Mag. Wallner:

Sollten die rechtlichen Rahmenbedingungen vorliegen und eine Zuständigkeit der Gemeinde zur Erlassung einer diesbezüglichen Verordnung gegeben sein, kann dies in der kommenden Gemeinderatsperiode angedacht werden.

Anfrage GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Maier-Ferra:

Der Gemeinderat hat 2019 den einstimmigen Beschluss zur Schaffung einer Insekenschutzfläche gegenüber dem Bundesschulzentrum gefasst. Wurde mit der Umsetzung bereits begonnen?

Antwort Bürgermeister Mag. Wallner:

Durch das Ankommen einer fahrenden Roma-/Sinti-Gruppe wurden die Umsetzungsmaßnahmen behindert, es ist aber bereits zum Einsähen der vorgesehen Fläche gekommen.

Anfrage GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Maier-Ferra:

Es gibt Gerüchte, dass der Gemeinde aufgrund der Hallenbad-Vereinbarung mit JUFA trotz der SARS-CoV-2 (COVID-19) Krise in diesem Jahr Kosten entstehen. Stimmt das und wenn ja, mit welchem Betrag ist zu rechnen?

Antwort Bürgermeister Mag. Wallner:

Gemäß dem mit JUFA abgeschlossenen Vertrag ist die Stadtgemeinde zur Zahlung eines Betrages in der Höhe von € 300.000,- verpflichtet. JUFA ist derzeit mit den Planungen beschäftigt. Ziel ist es relativ zeitnah ein für das Bauvorhaben notwendiges Projektkonzept vorzulegen.

Anfrage GRⁱⁿ Ehmman-Krois, MSc:

Ist es richtig, dass die Unfallchirurgie im LKH Weststeiermark – Standort Deutschlandsberg geschlossen bzw. in das Landeskrankenhaus Südsteiermark – Standort Wagna verlegt wird?

Antwort Bürgermeister Mag. Wallner:

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass der Standort Deutschlandsberg aufgrund der gesicherten Infrastruktur in der steirischen Spitalslandschaft ausgewählt wurde. Im Zusammenhang mit der Verlegung der Unfallchirurgie ist eine Diskussion mit Primarius Dr. Mrak, dem Betriebsdirektor sowie dem KAGES-Vorstand notwendig und vorgesehen. Die Erhaltung des Standortes ist für die Bevölkerung und Deutschlandsberg besonders wichtig.

Anfrage Vizebürgermeister Fabian:

Wie steht es um den Ausbau und die Sanierung der Grazer Straße, nachdem die Stadt ihre Aufgaben erfüllt hat? Die Straße gleicht einem „*Fleckerlteppich*“ und ist als eine der Haupteinfahrtsstraßen in die Stadt kein Prestigeobjekt.

Antwort Bürgermeister Mag. Wallner:

Ein Gespräch mit dem Landesbaudirektor wurde in diesem Zusammenhang geführt. Auch dieser sieht das Land dabei gefordert. Wir werden als Stadt auch an den zuständigen Landesrat Anton Lang herantreten.

Ergänzende Antwort GR DI Pongratz:

Aufgrund der Einschränkungen im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 (COVID-19) ist die Budgetplanung für die Umsetzung von Straßenbaumaßnahmen im Land Steiermark noch nicht abgeschlossen.

Anfrage GR Weiss, MSc:

Gibt es aufgrund der SARS-CoV-2 (COVID-19) Maßnahmen Einschnitte bei den Bedarfszuweisungsmitteln durch das Land Steiermark?

Antwort Bürgermeister Mag. Wallner:

Durch die Stadtgemeinde Deutschlandsberg werden seinerzeit genehmigte und noch offene Bedarfszuweisungsmittel aus dem Jahr 2019 angefordert. Die momentane Situation (Home-Office beim Land Steiermark) verkompliziert zunächst diesen Vorgang. Momentan wird davon ausgegangen, dass es bei zugesagten Bedarfszuweisungsmitteln zu keinen Einschränkungen kommt.

Anfrage GR Weiss, MSc:

In Ergänzung zur Anfrage von GRⁱⁿ Ehmman-Krois, MSc ersuche ich um Mitteilung, ob die Schließung weiterer Abteilungen im LKH Weststeiermark – Standort Deutschlandsberg im Raum stehen?

Antwort Bürgermeister Mag. Wallner:

Es liegen der Stadtgemeinde keine Informationen vor, wonach es zu weiteren Schließungen kommen könnte.

Anfrage GR Klug:

Wie ist der aktuelle Stand beim Projekt rund um das ehemalige Kaufhaus Pieber am Hauptplatz?

Antwort Bürgermeister Mag. Wallner:

Der Ortsbildsachverständige ist derzeit mit der Begutachtung des Projektes beschäftigt. Es soll etwas Durchdachtes und Nachhaltiges am Hauptplatz entstehen. Es finden aktuell Planungen und Gespräche im Zusammenhang mit der Projektumsetzung statt.

2. Grundangelegenheiten

GRⁱⁿ Mag.^a Patrizia Pobernel verlässt wegen Befangenheit zu Tagesordnungspunkt 2b um 18:57 Uhr den Sitzungssaal.

a. Wegberichtigung – Verlegung öffentliches Gut Gst. Nr. 532 KG Mitterspiel

Antragsteller: GRⁱⁿ Hildegard Ehmman-Krois, MSc
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic
GR Walter Weiss, MSc

Es wird der **e i n s t i m m i g e** Beschluss gefasst, eine Teilfläche des Grundstückes Nr. 532, EZ 50000, KG Mitterspiel, im Ausmaß von 311 m² aufzulösen und unentgeltlich dem Grundstück Nr. 18/1, KG Mitterspiel, Eigentümer Alois Mitteregger, Freiland 48, 8530 Deutschlandsberg, zuzuschreiben. Im Gegenzug dazu soll eine Teilfläche des Grundstückes Nr. 35, KG Mitterspiel, ebenfalls im

Eigentum des Herrn Alois Mittereggger, im Ausmaß von 132 m² aufgelöst und dem öffentlichen Gut, Grundstück Nr. 532, KG Mitterspiel, zugeschrieben werden. Bei dieser Wegberichtigung handelt es sich um eine Katasterberichtigung der tatsächlichen Wegführung in der Natur, die Weganlage ist bereits errichtet.

Gemäß § 8 Abs 3 des Steiermärkischen-Landesstraßenverwaltungsgesetzes i.d.g.F. werden diese Flächen dem Gemeingebrauch gewidmet. Das Verfahren soll nach § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz durchgeführt werden.

b. Löschung Wiederkaufsrecht – EZ 93 KG Osterwitz

Antragsteller: GRⁱⁿ Hildegard Ehmman-Krois, MSc
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic
GR Walter Weiss, MSc

Es wird der *einstimmige* Beschluss gefasst, das in der EZ 93 in C-LNR 1a, KG Osterwitz, eingetragene Wiederkaufsrecht zu Gunsten der Stadtgemeinde Deutschlandsberg als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Osterwitz, nicht jedoch auf ihre Kosten, zu löschen.

GRⁱⁿ Mag.^a Patrizia Pobernel betritt um 18:59 Uhr den Sitzungssaal.
GR Manfred Fink verlässt um 18:59 Uhr den Sitzungssaal.

c. Neubenennung Huberta-Wieser-Platz

Antragsteller: GRⁱⁿ Hildegard Ehmman-Krois, MSc
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic
GR Walter Weiss, MSc

Es wird der *einstimmige* Beschluss gefasst, den Platz im Bereich des Sozialzentrums der Volkshilfe, Forstgartenstraße 14, 8530 Deutschlandsberg gemäß § 5a der Steiermärkischen Gemeindeordnung i.d.g.F. als „*Huberta-Wieser-Platz*“ Nr. 1 zu bezeichnen.

GR Manfred Fink betritt um 19:02 Uhr den Sitzungssaal.
GR Peter Michelitsch verlässt um 19:05 Uhr den Sitzungssaal.

d. Grundstücksankauf – Gst. Nr. 511/6 KG Unterlaufenegg

Antragsteller: GRⁱⁿ Hildegard Ehmman-Krois, MSc
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic
GR Walter Weiss, MSc

Es wird der *einstimmige* Beschluss gefasst, das Grundstück Nr. 511/6, KG Unterlaufenegg, im Ausmaß von 2.513 m² von Herrn Mag. Franz Schweighofer, dieser vertreten durch Frau Eva Schweighofer als Erwachsenenvertreterin (zu 232 P 113/12w des BG Graz-Ost), um den vereinbarten Kaufpreis

von € 230.000,- anzukaufen. Die Begleichung des Kaufpreises erfolgt nach Möglichkeit in drei Teilzahlungsbeträgen.

GR Mag. Ortner regt im Zusammenhang mit dem Grundstücksankauf an, das zu erwerbende Grundstück bis zu einer etwaigen Wirtschaftshoferweiterung als Fläche für fahrende Roma-/Sinti-Gruppen zu nutzen.

GR Peter Michelitsch betritt um 19:07 Uhr den Sitzungssaal.

3. Jagdvergaben

a. Gemeindejagd Gams

Antragsteller: Bgm. Mag. Josef Wallner
GR Gerhard Reinisch
GR Walter Weiss, MSc

Am 24.03.2020 hat die Jagdgesellschaft Gams, vertreten durch Herrn Karlheinz Lind, den Pächtervorschlag für eine freihändige Verpachtung der Gemeindejagd Gams, bestehend aus den Katastralgemeinden Gams, Greim, Hohenfeld, Mitteregg und Müllegg, im Zeitraum von 01.04.2022 bis 31.03.2028 gemäß § 24 Abs 3 des Steiermärkischen Jagdgesetzes eingereicht.

Es wird der **einstimmige** Beschluss gefasst, den vorliegenden Pächtervorschlag, bestehend aus nachfolgenden Mitgliedern, für die freihändige Vergabe gemäß § 24 Abs 3 des Steiermärkischen Jagdgesetzes zu genehmigen.

- Obmann: Karlheinz Lind, 8524 Greim 3
- Obmann Stellvertreter: Josef Koller, 8524 Greim 16
- Kassier: Johann Deutschmann jun., 8524 Bad Gams 17

Die Höhe des Jagdpachtschillings beträgt € 4,50 pro Hektar.

GR Johannes Schmuck verlässt wegen Befangenheit um 19:10 Uhr den Sitzungssaal.

b. Gemeindejagd Niedergams

Antragsteller: Bgm. Mag. Josef Wallner
GR Gerhard Reinisch
GR Walter Weiss, MSc

Am 18.03.2020 hat die Jagdgesellschaft Niedergams, vertreten durch Herrn Dr. Leonhard Ogris, den Pächtervorschlag für eine freihändige Verpachtung der Gemeindejagd Niedergams, bestehend aus den Katastralgemeinden Niedergams, Gersdorf und Furth, im Zeitraum von 01.04.2022 bis 31.03.2028 gemäß § 24 Abs 3 des Steiermärkischen Jagdgesetzes eingereicht.

Es wird der *einstimmige* Beschluss gefasst, den vorliegenden Pächtervorschlag, bestehend aus nachfolgenden Mitgliedern, für die freihändige Vergabe gemäß § 24 Abs 3 des Steiermärkischen Jagdgesetzes zu genehmigen.

- Obmann: Roman Schmuck, 8524 Niedergams 86, geb. 09.10.1961
- Obmann Stellvertreter: Patritz Groß, 8524 Niedergams 105, geb. 21.02.1952
- Harald Zöhner, 8524 Gersdorf 28, geb. 19.02.1961
- Erich Kriegseisen, 8524 Niedergams 70, geb. 16.05.1954
- Markus Miltschnig, 8524 Niedergams 115, geb. 23.09.1981
- Franz Krasser, 8524 Gersdorf 8, geb. 19.03.1949
- Reinhold Stiegler, 8524 Furth 5, geb. 12.01.1935

Die Höhe des Jagdpachtschillings beträgt € 3,30 pro Hektar.

GR Johannes Schmuck betritt um 19:11 Uhr den Sitzungssaal.

c. *Gemeindejagd Vochera*

Antragsteller: Bgm. Mag. Josef Wallner
GR Gerhard Reinisch
GR Walter Weiss, MSc

Am 10.03.2020 hat Herr Manfred Krainer, Vochera 47, 8524 Deutschlandsberg, den Pächtervorschlag für eine freihändige Verpachtung der Gemeindejagd Vochera im Zeitraum von 01.04.2022 bis 31.03.2028 gemäß § 24 Abs 3 des Steiermärkischen Jagdgesetzes eingereicht.

Es wird der *einstimmige* Beschluss gefasst, den vorliegenden Pächtervorschlag an Herrn Manfred Krainer, Vochera 47, 8524 Deutschlandsberg, für die freihändige Vergabe gemäß § 24 Abs 3 des Steiermärkischen Jagdgesetzes zu genehmigen.

Die Höhe des Jagdpachtschillings beträgt € 3,30 pro Hektar.

GR Horst Kappaun verlässt wegen Befangenheit um 19:23 Uhr den Sitzungssaal.

4. Vereinbarung mit der Graz-Köflacher Bahn und Busbetrieb GmbH – Planung, Bau, Erhaltung, Finanzierung des nahverkehrsgerechten Ausbaues des GKB Bahnhofes Deutschlandsberg

Antragsteller: GR Johannes Schmuck
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic
GR Walter Weiss, MSc

Es wird der *einstimmige* Beschluss gefasst, die vorliegende Vereinbarung mit der Graz-Köflacher Bahn und Busbetrieb GmbH über die Planung, den Bau und die Erhaltung sowie die Finanzierung des nahverkehrsgerechten Ausbaues des GKB

Bahnhofes Deutschlandsberg zu genehmigen und die in der Vereinbarung angeführten Kosten zu übernehmen.

Bürgermeister Mag. Wallner erläutert das Projekt, die einzelnen Baumaßnahmen sowie die Eckpunkte der Finanzierung. Für die Stadtgemeinde fallen laut Vereinbarung Kosten in der Höhe von rund € 400.000,-- an. Die Fertigstellung des Projektes ist für das Jahr 2022 geplant.

GR Weiss, MSc fragt nach, welche laufenden Erhaltungskosten die Stadtgemeinde zu tragen hat und ob der Fahrkartenschalter erhalten bleibt. Bürgermeister Mag. Wallner teilt mit, dass lediglich die Schneeräumung auf den P&R-Flächen durchzuführen ist. Eine Schließung des Fahrkartenschalters ist vorerst nicht angedacht.

GR Horst Kappaun betritt um 19:25 Uhr den Sitzungssaal.

GR DI Markus Pongratz verlässt um 19:25 Uhr den Sitzungssaal.

5. Rechnungsprüfungsausschuss – Bericht

Antragsteller: GR Walter Weiss, MSc
Fin.Ref. Dr. Josef Faulend-Klauser
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic

Der Obmann des Rechnungsprüfungsausschusses, GR Weiss, MSc, berichtet über die am 13.05.2020 stattgefundenen Sitzungen wie folgt:

Überprüfung der Gemeindegebarung:

Die Kontrolle der Gemeindegebarung ergab für den Zeitraum 30.11. bis 31.12.2019 einen Soll-Betrag von € 1.428.061,83. Es wurde festgestellt, dass der Kassenbestand mit der Buchhaltung übereinstimmt.

Rechnungsabschluss 2019:

Die Einnahmen und Ausgaben betragen € 37.026.588,21. Ein Betrag in der Höhe von rund € 1,2 Mio. wurde als Überschuss in den ao Haushalt gebucht, welcher insgesamt € 7.778.610,30 betrug. Die größten Ausgaben waren für Anschaffungen bei den Feuerwehren, für die Renovierung der Koralmhalle, die Turnerschaft, das Burgmuseum, die Gemeindestraßensanierung, die Straßenbeleuchtung, Grundstücksankäufe, das ASZ und das Seniorenpflegeheim zu tätigen.

Der Verschuldungsgrad beträgt aktuell 1,3 %. DI (FH) Gressenberger berichtete über einzelne Überschreitungen, die jedoch alle als gering zu betrachten sind.

Die Überprüfung des Schuldenstandes (im Rechnungsabschluss auf Seite 279) ergab per 31.12.2019 einen Darlehensstand von € 5,1 Mio. gegenüber € 3,6 Mio. per 01.01.2019.

Es wurden als Darlehen ca. € 1,8 Mio. neu aufgenommen und im Gegenzug ca. € 300.000,-- getilgt.

Der Prüfungsausschuss hat den Rechnungsabschluss für das Kalenderjahr 2019 überprüft und es scheinen im Prüfungsbericht keine Mängel auf. Somit ist eine Stellungnahme des Bürgermeisters und des Finanzreferenten nicht erforderlich.

Abschließend wird berichtet, dass für das Jahr 2020 aufgrund der SARS-CoV-2 Situation (COVID-19) mit einem teilweisen Entfall von Ertragsanteilen sowie Kommunalsteuereinnahmen zu rechnen ist. Die Gesamteinnahmen könnten sich schätzungsweise um rund € 2,5 Mio. reduzieren.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Obmannes **e i n s t i m m i g** zur Kenntnis.

6. Rechnungsabschluss 2019

Antragsteller: GRⁱⁿ Roswitha Zerha
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic

Finanzreferent Dr. Faulend-Klauser berichtet ausführlich über die Daten des Rechnungsabschlusses 2019.

GR Mag. Ortner führt an, dass aus dem Rechnungsabschluss ersichtlich ist, dass notwendige Sanierungsmaßnahmen am Sportplatz Hörbing nicht durchgeführt wurden. Maßnahmen für die Jugend, den Sport und den Klimaschutz sind zukünftig besonders wichtig. Grundlegend hält er fest, dass der Rechnungsabschluss in Ordnung sei, weshalb seine Fraktion die Zustimmung erteilt.

GR Weiss, MSc teilt mit, dass er aufgrund für ihn kritischer Projekte keine Zustimmung erteilt.

GR Klug spricht von einem grundsoliden Rechnungsabschluss. Projekte wurden oftmals gekürzt oder auch kleiner ausgeführt, weshalb es auch zu einem Überschuss gekommen ist.

GR Ing. Wallner hält den Rechnungsabschluss für sehr solide, weshalb er seine Zustimmung erteilt.

GR DI Bainschab merkt an, dass in der Finanzabteilung sehr sorgfältig gearbeitet wurde und in finanzieller Hinsicht durch die Stadtgemeinde ein sehr kluger Weg beschritten wird, welcher fortgeführt werden soll. Die aufgrund von SARS-CoV-2 (COVID-19) entstandene Situation wird ohnedies große Herausforderungen an die Stadtgemeinde stellen.

Der vorgelegte Entwurf des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2019 wird mit den darin enthaltenen Über- und Unterschreitungen sowie Mehr- und Mindereinnahmen **m e h r h e i t l i c h**, bei Stimmenthaltung von GRⁱⁿ Siegel und Gegenstimme von GR Weiss, MSc, somit mit einem Stimmverhältnis von 26:2, zur Kenntnis genommen und wird gleichzeitig die Entlastung des Bürgermeisters und des Finanzreferenten ausgesprochen.

Unterschiedsbeträge zwischen Anordnungssoll und Voranschlagsbetrag über € 10.000,-- bzw. mindestens 10 % wurden in einer Beilage gemäß Richtlinien für die Erstellung der Rechnungsabschlüsse erläutert.

a. *Ordentlicher Haushalt*

SOLL-Übersicht (mit Vorjahre)

Einnahmen 2019	€	37.026.588,21
Ausgaben 2019	€	37.026.588,21
	€	0,00

IST-Übersicht (mit Vorjahre)

Einnahmen 2019	€	37.096.005,91
Ausgaben 2019	€	37.364.161,55
IST-Abgang 2019	€	-268.155,64

b. *Außerordentlicher Haushalt*

SOLL-Übersicht (mit Vorjahre)

Einnahmen 2019	€	6.909.730,16
Ausgaben 2019	€	9.816.003,13
SOLL-Abgang 2019	€	-2.906.272,97

IST-Übersicht

Einnahmen 2019	€	8.678.120,83
Ausgaben 2019	€	11.402.441,71
IST-Abgang 2019	€	-2.724.320,88

c. *Durchlaufende Gebarung (Vorschüsse und Verwahrgelder)*

SOLL-Übersicht

Einnahmen 2019	€	27.056.984,43
Ausgaben 2019	€	23.528.219,64
SOLL-Überschuss 2019	€	3.528.764,79

IST-Übersicht:

Einnahmen 2019	€	27.173.559,58
Ausgaben 2019	€	22.753.021,23
IST-Überschuss 2019	€	4.420.538,35

d. *Zusammenfassung der IST-Rechnung*

Die ordentliche Gebarung weist einen Abgang von	€	-268.155,64
die außerordentliche Gebarung weist einen Abgang von	€	-2.724.320,88
und die durchlaufende Gebarung einen Überschuss von	€	4.420.538,35
auf.		
Dies ergibt einen IST-Stand per 31.12.2019 von	€	1.428.061,83

e. *Überprüfung des Kassenbestandes*

Der kassenmäßige Bestand wird wie folgt nachgewiesen:

Auf dem Konto AT46 2081 5067 0085 3010 bei der Steierm. Sparkasse DL, Kontoauszug Nr. 2019/00254 vom 31.12.2019 scheint ein Betrag von	€	-2.688.408,12
auf dem Konto AT47 2081 5000 0467 0907 bei der Steierm. Sparkasse DL, Kontoauszug Nr. 2019/00030 vom 31.12.2019 scheint ein Betrag von	€	-491,73
auf dem Konto AT23 6000 0000 0136 4721 bei der BAWAG-PSK, Kontoauszug Nr. 2019/00035 vom 31.12.2019 scheint ein Betrag von	€	2.632,60
Barkasse Bürgerbüro 30.12.2019	€	952,26
Rücklagensparbücher 31.12.2019	€	4.113.376,82
auf.		
Saldiert ergibt dies einen SOLL-Betrag von	€	1.428.061,83

Laut Buchungsschluss Dezember 2019/82 der Buchhaltung vom 31.12.2019 schließt der oben angeführte Zeitraum wie folgt:

	IST-Einnahmen €	IST-Ausgaben €	Saldo €
Ordentlicher Haushalt	37.096.005,91	37.364.161,55	-268.155,64
Außerordentlicher Haushalt	8.678.120,83	11.402.441,71	-2.724.320,88
Durchlaufer	27.173.559,58	22.753.021,23	4.420.538,35
Summe	72.947.686,32	71.519.624,49	1.428.061,83

Der errechnete IST-Stand stimmt somit mit dem tatsächlich ausgewiesenen Kassenbestand per 31.12.2019 überein.

GR DI Markus Pongratz betritt um 19:44 Uhr den Sitzungssaal.

7. Subventionen

Antragsteller: Bgm. Mag. Josef Wallner
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic
GR Walter Weiss, MSc
GR Alfred Klug

Es wird der **einstimmige** Beschluss gefasst, der Freiwilligen Feuerwehr Osterwitz eine einmalige Subvention für die Ersatzbeschaffung eines Mannschafts-transportfahrzeuges mit Allrad (MTFA) in der Gesamthöhe von € 49.311,- zu gewähren.

GR Horst Kappaun verlässt um 19:47 Uhr den Sitzungssaal.

8. Anhebung der Höchstgrenze Kassenstärker zur Sicherstellung der Liquidität im Rahmen von SARS-CoV-2 (COVID-19)

Antragsteller: Fin.Ref. Dr. Josef Faulend-Klauser
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic
GR Walter Weiss, MSc

Es wird der **mehrheitliche** Beschluss, bei Stimmenthaltungen von GRⁱⁿ Siegel und GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Maier-Ferra, somit mit einem Stimmenverhältnis von 26:2, gefasst, den Darlehensvertrag (IBAN: AT46 2081 5067 0085 3010) bei der Steiermärkischen Bank und Sparkassen AG, Filiale Deutschlandsberg, zur Aufstockung des Kassenstärkers von derzeit € 6.284.000,-- auf insgesamt € 9.426.000,-- und einer Verzinsung von derzeit 0,70 % p.a. über dem Indikator (3-Monats-EURIBOR) und einer Laufzeit bis zum Ende des Rechnungsjahres 2020 zu genehmigen.

GRⁱⁿ Siegel äußert kritisch, dass das Land den Gemeinden wieder die Möglichkeit gibt neue Schulden zu machen und stellt sich die Frage, wann die Politik bei sich selbst zu sparen beginne.

GRⁱⁿ Hildegard Ehmann-Krois, MSc verlässt wegen Befangenheit zu Tagesordnungspunkt 9d um 19:47 Uhr den Sitzungssaal.

9. Darlehensaufnahmen

a. Darlehensaufnahme Sanierung Gemeindestraßen

Antragsteller: GRⁱⁿ Roswitha Zerha
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic
GR Walter Weiss, MSc

Es wird der **einstimmige** Beschluss gefasst, den Darlehensvertrag Nr. 00062-010665 vom 20.04.2020 (IBAN: AT28 2081 5000 6201 0665) mit der Steiermärkischen Bank und Sparkassen AG, Filiale Deutschlandsberg, zur Finanzierung der Sanierung der Gemeindestraßen in der Höhe von € 610.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren, einer Verzinsung von derzeit 0,00 % gebunden an den 6-Monats-Euribor mit einem Aufschlag von 0,79 % und einer Zinsberechnung von KLM/360, abzuschließen.

b. Darlehensaufnahme Sanierung Koralmhalle 3. Bauabschnitt

Antragsteller: GRⁱⁿ Roswitha Zerha
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic
GR Walter Weiss, MSc

Es wird der **einstimmige** Beschluss gefasst, den Darlehensvertrag Nr. 00062-010673 vom 20.04.2020 (IBAN: AT06 2081 5000 6201 0673) mit der Steiermärkischen Bank und Sparkassen AG, Filiale Deutschlandsberg, zur Finanzierung der Sanierung der Koralmhalle 3. Bauabschnitt in der Höhe von € 918.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren, einer Verzinsung von derzeit

0,00 % gebunden an den 6-Monats-Euribor mit einem Aufschlag von 0,79 % und einer Zinsberechnung von KLM/360, abzuschließen.

c. *Darlehensaufnahme Neubau Abfallsammelzentrum*

Antragsteller: GRⁱⁿ Roswitha Zerha
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic

Es wird der **m e h r h e i t l i c h e** Beschluss, bei Stimmenthaltungen von GR Mag. Ortner und GR Weiss, MSc, somit mit einem Stimmenverhältnis von 25:2 gefasst, den Darlehensvertrag Nr. 179-003260 vom 04.05.2020 mit der BKS Bank AG, Filiale Deutschlandsberg, zur Finanzierung des Neubaus Abfallsammelzentrum – PPP-Projekt in der Höhe von € 136.400,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren, einer Verzinsung von derzeit 0,00 % gebunden an den 6-Monats-Euribor mit einem Aufschlag von 0,55 % und einer Zinsberechnung von KLM/360, abzuschließen.

d. *Darlehensaufnahme Erweiterung Seniorenwohnheim*

Antragsteller: GRⁱⁿ Roswitha Zerha
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic
GR Walter Weiss, MSc

Es wird der **e i n s t i m m i g e** Beschluss gefasst, den Darlehensvertrag Nr. 179-003252 vom 04.05.2020 mit der BKS Bank AG, Filiale Deutschlandsberg, zur Finanzierung der Erweiterung Seniorenwohnheim in der Höhe von € 195.900,-- mit einer Laufzeit von 5 Jahren, einer Verzinsung von derzeit 0,00 % gebunden an den 6-Monats-Euribor mit einem Aufschlag von 0,55 % und einer Zinsberechnung von KLM/360, abzuschließen.

e. *Liegenschaftskauf Wirtschaftspark*

Antragsteller: GRⁱⁿ Roswitha Zerha
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic
GR Walter Weiss, MSc

Es wird der **e i n s t i m m i g e** Beschluss gefasst, den Darlehensvertrag Nr. 179-003244 vom 04.05.2020 mit der BKS Bank AG, Filiale Deutschlandsberg, zur Finanzierung des Liegenschaftskaufes Wirtschaftspark 1. Teilbetrag in der Höhe von € 400.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren, einer Verzinsung von derzeit 0,00 % gebunden an den 6-Monats-Euribor mit einem Aufschlag von 0,55 % und einer Zinsberechnung von KLM/360, abzuschließen.

GR Mag. Ortner fragt nach, ob das vereinbarte Mietentgelt mit Logic Endeavor Group GmbH an die Stadtgemeinde geleistet wurde. Dies wurde von Bürgermeister Mag. Wallner bestätigt.

GRⁱⁿ Hildegard Ehmman-Krois, MSc betritt um 19:47 Uhr den Sitzungssaal.

10. Resolution „Rettungsschirm für Gemeinden“

Antragsteller: Bgm. Mag. Josef Wallner
Vzbgm. Mag. (FH) Jürgen Kovacic
GR Walter Weiss, MSc

Es wird der **einstimmige** Beschluss gefasst, an die österreichische Bundesregierung mit dem Appell heranzutreten, in Analogie zum Rettungsschirm für die heimische Wirtschaft, zur Absicherung der kommunalen Haushalte für diese Hilfsprogramme des Bundes zu schaffen und für Kommunen einen Ausgleichsfonds für den Entfall von Einnahmen (Kommunalsteuer-, Ertragsanteileseinbrüche, Gebühren und sonstige Kosten), die durch die COVID-19-Maßnahmen entstanden sind, einzurichten.

Weiters wird der **einstimmige** Beschluss gefasst, an die österreichische Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, finanzielle Mittel für kommende kommunale Investitionen, die vor allem der regionalen Wirtschaft zugutekommen werden, bereitzustellen.

GR Mag. Ortner und GR Klug fragen nach, ob der in den Medien kolportierte „Rettungsschirm“ bereits angelaufen ist. Bürgermeister Mag. Wallner berichtet, dass detaillierte Richtlinien für die Gewährung von Fördergeldern noch nicht vorliegen. In Anlehnung an die Veröffentlichung von Zahlen anderer Gemeinden ist für die Stadtgemeinde Deutschlandsberg jedoch von einem Betrag in der Höhe von rund € 1,2 Mio. auszugehen.

11. Behandlung von Dringlichkeitsanträgen

GRÜNE „Ehemaliger Turnerschaftsgrund“

Es wird der **mehrheitliche** Beschluss, bei Gegenstimmen von GRⁱⁿ Siegel, GR Ing. Wallner, GR Alfred Klug, GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Maier-Ferra, GR Mag. Ortner und GR Weiss, MSc, somit mit einem Stimmenverhältnis von 22:6, gefasst, den Dringlichkeitsantrag vom 17.12.2019 betreffend die Errichtung eines Verbindungsweges im Bereich der Turnerschaftsgründe abzulehnen.

12. Berichte

a. Berichte des Bürgermeisters

Bürgermeister Mag. Wallner berichtet gem. § 47 Abs 1 Steiermärkische Gemeindeordnung über nachstehende unaufschiebbare Angelegenheiten im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 (COVID-19):

I. Rücklagenentnahmen

1. Sparbuch IBAN AT79 2081 5000 2780 2503 Wasserversorgung € 177.493,27 zur Abgangsdeckung
 - a. Wasserversorgung Osterwitz € 6.832,72 laufender Betrieb

- b. Wasserversorgung Haselbach € 20.716,68 AOH Vorhaben
- c. Wasserversorgung Deutschlandsberg € 149.943,87 laufender Betrieb
- 2. Sparbuch IBAN AT28 2081 5000 2780 2354 Abwasserentsorgung Ortsteil Osterwitz € 3.633,70 zur Abgangsdeckung des laufenden Betriebes
- 3. Sparbuch IBAN AT38 2081 5000 2780 2271 Abwasserentsorgung Ortsteil Trahütten € 16.658,51 zur Abgangsdeckung des AOH Vorhabens Kanalerrichtung Siedlung Koralpenblick
- 4. Sparbuch IBAN AT36 2081 5067 1113 4996 Müllentsorgung € 863.187,93 zur Abgangsdeckung
 - a. des AOH Vorhabens Neubau Abfallsammelzentrum € 706.981,98 (€ 113.802,58 für 2018 und € 593.179,40 für 2019)
 - b. des laufenden Betriebes Tierkörperbeseitigung € 32.566,05
 - c. des laufenden Betriebes Straßenreinigung € 64.874,44 (2019), € 28.315,35 (2018)
 - d. des laufenden Betriebes Umweltschutz € 1.649,78
 - e. des laufenden Betriebes Natur- und Landschaftsschutz € 28.800,33
- 5. Sparbuch IBAN AT14 2081 5000 2780 2024 Objekt Frauentaler Straße 25 (Mercur) € 45.080,53 zur Abgangsdeckung des AOH Vorhabens Flachdachsanierung
- 6. Sparbuch IBAN AT74 2081 5067 1116 0405 Seniorenwohnheim € 454.495,15 zur Abgangsdeckung des AOH Vorhabens Aufstockung Bettentrakt (€ 32.516,82 für 2018 und € 421.978,33 für 2019)
- 7. Sparbuch IBAN AT47 2081 5000 2707 3154 Fernwärmeversorgung € 25.535,30 zur Abgangsdeckung des
 - a. laufenden Betriebes Fernwärme Trahütten € 25.288,29
 - b. AOH Vorhaben Fernwärme Trahütten – Hausanschlüsse Koralpenblick (Restbetrag) € 247,01
- 8. Sparbuch IBAN AT49 2081 5000 2780 2461 Abwasserbeseitigung Deutschlandsberg € 4.956,66 zur Abgangsdeckung Abwasserbeseitigung Kloster laufender Betrieb

II. Inneres Darlehen zum Erwerb der Wassertransportleitung „EPCOS-TDK“

Es wurde vom Rücklagen-Sparbuch des Kanalbaues IBAN AT49 2081 5000 2780 2461 ein Betrag in der Höhe von € 1.417.770,81 als „Inneres Darlehen“ zur Bedeckung der Ausgaben für den Erwerb der Wassertransportleitung Epcos-TDK entnommen und dem Girokonto der Stadtgemeinde Deutschlandsberg AT 46 2081 5067 0085 3010 zugeführt. Die Höhe der Zinsen (KLM/365) richtet sich nach der Verzinsung des betreffenden Sparbuches unter Abzug der gültigen KEST und hat die entsprechende Einzahlung auf das Sparbuch jährlich zu erfolgen. Die Verzinsung im Jahr 2020 betrifft den Zeitraum von der Zuzählung des Darlehens bis zum 31.12.2020. Die Rückzahlung dieser Mittel hat bis zum 31.12.2025 zu erfolgen, wobei es frei steht diese Rückzahlung als Jahresraten oder als Einmalbetrag zu tätigen. Sollte die Rücklagen für den Kanalbau benötigt werden, ist eine sofortige Rückzahlung vorzunehmen.

b. *Berichte der OrtsteilvertreterInnen*

Es wird in allen Berichten die gute Zusammenarbeit der Ortsteile mit der Stadt Deutschlandsberg hervorgehoben.

Osterwitz

GRⁱⁿ Mag.^a Pobernel berichtet, dass es im Ortsteil Osterwitz sehr gut läuft und hebt beispielsweise die Müllentsorgung, die Schneeräumung und die Förderung der Vereine hervor. Es werden regelmäßig Sprechstunden in Osterwitz angeboten. Wesentlich ist die Teilnahme an Festlichkeiten sowie Gratulationen anlässlich Jubiläen und Versammlungen der örtlichen Vereine und der Feuerwehr. In der Corona-Zeit wurde ein Einkaufsdienst für ältere, alleinstehende Personen angeboten. Es wird ein Rückblick über diverse Sanierungen, Umbauten und Instandhaltungen sowie ein Ausblick auf künftige Projekte im Ortsteil gegeben.

Freiland

GR Reinisch informiert über die Abhaltung von Sprechstunden. Er führt weiters aus, dass die Tätigkeiten des Wirtschaftshofes beim Winterdienst aber auch allen anderen Arbeiten zur vollen Zufriedenheit ausgeführt werden. Aufgrund von Hochwasserereignissen wurden Straßen und Brücken erneuert bzw. instand gesetzt. Das gesellschaftliche Leben und die örtliche Gemeinschaft werden hoch gehalten, was sich auch bei der jährlich stattfindenden Muttertagsfeier zeigt.

Wildbach

GR Schmuck berichtet ebenso über die Durchführung von regelmäßigen Sprechtagen für die Bevölkerung und die Teilnahme bei verschiedensten Gratulationen. Weiters informiert er über diverse Investitionen wie Müllsammelstellen und die Aufstellung von not-wendigen Verkehrszeichen.

Kloster

GR Koch schließt sich im Wesentlichen den bisherigen Ausführungen an. Auch im Ortsteil Kloster werden Sprechstunden abgehalten und das rege Vereins- und Ortsleben bestmöglich gefördert. Ebenso werden Investitionstätigkeiten der vergangenen Jahre erläutert. Er referiert über die Idee zur Einführung einer „Schivolksschule“ um der Jugend das Schifahren auf der Hebalm attraktiver zu gestalten.

Bad Gams

SRⁱⁿ Spiz vermittelt, dass der Ortsteil Bad Gams weiter aufblüht. Durch das Bestehen des Wirtschaftshofes und der Bürgerservicestelle kann für die BewohnerInnen nach wie vor ein umfangreiches Service angeboten werden. Sowohl Kindergarten als auch Schule verzeichnen eine gute Auslastung und es gibt eine positive Entwicklung der Geburtenzahlen im Ortsteil. Abschließend wird das sehr rege und für Bad Gams wichtige Vereinsleben hervorgehoben.

Die OrtsteilvertreterInnen bedanken sich bei Bürgermeister Mag. Wallner, den Mitgliedern des Gemeinderates sowie der Stadtverwaltung für die gute Zusammenarbeit.

c. Berichte der Ausschussobleute

Ausschuss Soziales – Familie – Wohnen – Integration

GRⁱⁿ Zerha berichtet über die gesellschaftlichen Veränderungen im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 (COVID-19) und dass durch die Krise Familien, Alleinerziehende und ältere Personen in der Gemeinde besonders betroffen waren und sind. Aktuell sind in der Gemeinde rund 700 Personen als arbeitslos gemeldet. Um allen Betroffenen in dieser Situation zu helfen, wurde im Ausschuss beschlossen, das Sozialbudget von

derzeit € 20.000,-- auf vorläufig € 40.000,-- zu erhöhen. Die formelle Grundlage dafür soll im Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2020 getroffen werden.

Die persönlichen Schicksale, die die vergangenen Monate nach sich ziehen, sind für nicht Betroffene nur schwer vorstellbar. Es muss Aufgabe der Gemeinde sein, dabei besonders zu unterstützen. Vorgesehen ist weiters eine Gutscheinkarte, die sowohl die betroffenen BürgerInnen aber auch Gewerbebetriebe unterstützen soll.

Ausschuss Gesundheit – Bildung – Jugend

GRⁱⁿ Mag.^a Pobernel berichtet über den aktuellen Stand bei der Einführung eines Lerncafes. Es wird derzeit noch nach geeigneten und insbesondere günstigen Räumlichkeiten gesucht. Neben dem Pfarrheim sind auch noch die Stadtgalerie, die Stadtbücherei und auch die Volkshochschule in Diskussion.

Im Zusammenhang mit der Jugendstrategie 2019 – 2023 wird über die Themen „Jugendgemeinderat“ referiert. Dazu soll eine Beteiligungswerkstatt abgehalten sowie die Bewerbung durch Plakate in Schulen und bei Vereinen durchgeführt werden. Die Kosten belaufen sich je nach Ausmaß der Begleitung im Rahmen von € 500,-- bis € 5.000,--, eine eventuelle Förderung des Landes beträgt 50 % der Gesamtkosten.

Ausschuss Umwelt – Verkehr

GR Schmuck berichtet über die durchgeführte Ausschusssitzung, in welcher die Aufstellung eines Verkehrsspiegels in der Hollenegger Straße 31 sowie in Hohenfeld, der Wunsch einer Anrainerin eine Gemeindestraße für den Durchzugsverkehr zu sperren sowie die beantragte Verlegung einer IST-Mobil-Haltestelle behandelt wurde. Weiters beraten wurde über die Verkehrssituation im Ortsteil Bad Gams bei der Abzweigung nach Gersdorf.

Auf den Petitionsantrag der Stadtgemeinde (betreffend Schwarze Sulm) ist ein Schreiben vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung ergangen, welches jedoch einige Auffassungsunterschiede bei den einzelnen Fraktionen hinsichtlich der Auslegung dieses Antwortschreibens hervorgerufen hat. Nach eingehender Diskussion einigt man sich jedoch darauf, diese Causa bis nach der Gemeinderatswahl zu verschieben. Danach soll mit den betroffenen Gemeinden (Bad Schwanberg und St. Martin i.S.) das Gespräch gesucht und eine eventuell gemeinsame Vorgehensweise festgelegt werden.

Ausschuss Stadtmarketing – Vereine – Kultur

SR Widmar hält fest, dass aufgrund von SARS-CoV-2 (COVID-19) keine wesentlichen Aktivitäten durch das Stadtmarketing durchgeführt werden konnten. Ziel muss es jedoch sein, diese wieder zu forcieren, um Leben in die Stadt zu bringen. Ein Anlass dafür kann bereits Anfang August das Streetfood-Festival am Hauptplatz sein.

13. Behandlung von neu eingebrachten Dringlichkeitsanträgen

1. Dringlichkeitsantrag Grüne

Eltern-Kind-Zentrum (EKIZ)

Der Gemeinderat möge beschließen, dass dem Eltern-Kind-Zentrum (EKIZ) noch im laufenden Jahr (2020) der Umzug und die dauerhafte Nutzung des Sporthauses in der Stadionstraße ermöglicht wird.

Begründung:

Bereits vor über zwei Jahren wurde dem EZIK die Nutzung des Sporthauses in Aussicht gestellt. Seitdem wird die Bereitstellung kontinuierlich verzögert und verschoben, obwohl das EKIZ dringend größere Räumlichkeiten braucht, um die Angebote allen interessierten Eltern, Babys, Kleinkindern und Kindern anzubieten und erweitern zu können. Zudem könnte durch den Umzug die ans Sporthaus angrenzende Wiese und der Spielplatz für Aktivitäten im Freien genutzt werden – was gerade durch die aktuelle Corona-Krise dabei helfen würde, Abstandsempfehlungen einhalten zu können und weiterhin Kurse in entsprechendem Umfang anzubieten. Aber auch unabhängig von der aktuellen Situation ist der Mehrwert von Aktivitäten im Freien für Kinder (Schulung der Motorik, erste Naturerfahrungen, Förderung vom Forscher-/Entdeckerdrang, Wahrnehmungsschulung, ...) und ein größeres Platzangebot nicht von der Hand zu weisen. Ein besonders hoher Mehrwert des EKIZ für frisch gebackene Eltern liegt in der Wissensvermittlung, der Vernetzung und im Austausch mit anderen Eltern. Aktuell ist die Situation so, dass die Stadtgemeinde Miete und Betriebskosten für das EKIZ in der Norbert-Ehrlich-Siedlung 113 bezahlt, wodurch jährliche Kosten von ca. € 13.000,-- anfallen. Abgesehen davon, dass diese Kosten in Relation zu den zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten im Kellergeschoss sehr hoch sind, würden sich die Kosten für die Gemeinde durch die geforderte Übersiedelung in das Gemeindeobjekt stark reduzieren, weil der hohe Mietzins wegfallen würde. Aktuell hat die Stadtgemeinde keine Einnahmen durch das Sporthaus – es würden durch die Nutzung durch das EKIZ also keinerlei Einnahmen wegfallen. Damit das Sporthaus vom EKIZ genutzt werden kann sind zudem keine hohen Sanierungskosten zu erwarten – durch die Ersparnis beim Mietzins rechnen sich die geringfügigen Sanierungsmaßnahmen bereits nach einer geringen Zeitspanne.

Finanzreferent Dr. Faulend-Klauser erläutert, dass in diesem Zusammenhang in der Stadtratssitzung vom 25.05.2020 der einstimmige Beschluss gefasst wurde, einen Planungsauftrag bzw. eine Kostenschätzung für die Gebäudesanierung und den Dachgeschoßausbau zur Nutzung durch das EKIZ zu erteilen.

Es wird der **m e h r h e i t l i c h e** Beschluss gefasst, bei Gegenstimmen von GRⁱⁿ Siegel, GR Ing. Wallner, GR Alfred Klug, GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Maier-Ferra, GR Mag. Ortner und GR Weiss, MSc, somit mit einem Stimmenverhältnis von 22:6, gefasst, diesen Dringlichkeitsantrag abzulehnen.

2. Dringlichkeitsantrag Grüne

Fotoausstellungen Naturschutzgebiet „Deutschlandsberger Klause“

Der Gemeinderat möge beschließen, dass im Naturschutzgebiet „Deutschlandsberger Klause“ keine Ausstellungen mehr stattfinden dürfen und als Alternative der Parkplatzbereich der Klause zur Verfügung gestellt wird.

Begründung:

Die aktuelle Fotoausstellung entlang dem Wanderweg durch die Klause ist mittlerweile zur mehrjährigen Dauerausstellung geworden. Da sie offensichtlich nicht betreut und gepflegt wird, mindert sie den Wert vom „Schönsten Platz der Stadt Deutschlandsberg“. Abgesehen davon ist es widersinnig, wenn die Schönheit der Natur durch Fotos verdeckt und überlagert wird. Denn unabhängig von der

Qualität von Fotos, handelt es sich dabei immer nur um matte Abbilder, die die Schönheit vom Original niemals übertreffen können. Eine Fotoausstellung mit Naturmotiven im Parkplatzbereich der Klause würde hingegen Lust machen, die Natur mit eigenen Augen zu entdecken.

Es wird der **einstimmige** Beschluss gefasst, diesen Dringlichkeitsantrag anzunehmen.

3. Dringlichkeitsantrag KPÖ

Aussetzung der Beiträge für die Kinderbetreuung in den Sommermonaten für sozialbedürftige Familien

Der Gemeinderat möge beschließen, dass aufgrund der Corona-Krise für die Kinderbetreuung in den Sommermonaten von Seiten der Stadtgemeinde keine Gebühr eingehoben wird.

Begründung:

Die Coronakrise führt in ganz Österreich zu Einkommensverlusten. Durch aktuelle Umfragen haben die Haushalte im Durchschnitt um 43 Prozent weniger Einkommen. Genauere Zahlen zeigen, dass Haushalte mit Kindern im Schnitt € 800,-- weniger haben. Bei AlleinerzieherInnen schaut es noch dramatischer aus. Zusätzlich bewegen wir uns immer mehr in eine wirtschaftliche Krise. Durch die Schließung der Schulen bzw. durch die Maßnahmen der Bundesregierungen mussten viele Eltern ihre Planung für die Betreuung umstellen, wodurch sich der Bedarf einer Sommerbetreuung für viele Betroffene heuer erhöhen wird. Aufgrund der Einkommensverluste wäre die gratis Sommerbetreuung eine gute Unterstützung.

GR Weiss, MSc hält fest, dass der Antrag dahin gehend konkretisiert wird, dass die Aussetzung von Beiträgen für sozialbedürftige Familien vorgesehen werden soll. Die Entscheidung soll in möglichst unbürokratischer Weise durch das Sozialamt erfolgen.

Es wird der **einstimmige** Beschluss gefasst, diesen Dringlichkeitsantrag anzunehmen.

4. Dringlichkeitsantrag KPÖ, Alfred Klug und Grüne

Aufhebung des Umlaufbeschlusses zum Czerweny-Haus vom 24. bzw. 29. April 2020

Der Gemeinderat möge beschließen, den Beschluss des Gemeinderates im Umlaufwege vom 24. bzw. 29.04.2020 über die Baurechtsvergabe an die Siedlungsgenossenschaft Ennstal, bezüglich der Sanierung des Czerweny-Hauses, aufzuheben.

Begründung:

Im Umlaufwege wurde im April 2020 beschlossen, das Baurecht für das Czerweny-Haus an die Siedlungsgenossenschaft Ennstal zu übertragen, obwohl der beschlossene Vertrag davor nicht durch den zuständigen Fachausschuss bearbeitet wurde. Auch die Diskussion des Tagesordnungspunktes war durch das Mittel des Umlaufbeschlusses nicht möglich. Da zu diesem Thema viele offene Fragen be-

stehen, sollte das Thema Czerweny-Haus neu aufgerollt werden. Weiters ist es als kritisch zu erachten, dass die Auswahl des Vertragspartners ohne Ausschreibung bzw. ohne Einbeziehung des Gemeinderates bzw. des zuständigen Fachausschusses getroffen wurde.

Finanzreferent Dr. Faulend-Klauser erläutert, dass es sich beim Umlaufbeschluss lediglich um einen erneuten Beschluss zum bereits bestehenden Baurechtsvertrag gehandelt hat. Dies war aus formellen Gründen – aufgrund einer Novellierung der Gemeindeordnung – notwendig.

GR Weiss, MSc, GR Mag. Ortner und GRⁱⁿ Siegel merken kritisch an, dass der Beschluss für ein solch bedeutendes Projekt der Stadt nicht ohne vorherige Diskussion im Gemeinderat gefällt werden sollte.

Bürgermeister Mag. Wallner führt aus, dass der Ausschuss für *Soziales – Familie – Wohnen – Integration* in die detaillierte Projektplanung mit einbezogen wird.

Es wird der mehrheitliche Beschluss, bei Gegenstimmen von GRⁱⁿ Siegel, GR Ing. Wallner, GR Alfred Klug, GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Maier-Ferra, GR Mag. Ortner und GR Weiss, MSc, somit mit einem Stimmenverhältnis von 22:6, gefasst, diesen Dringlichkeitsantrag abzulehnen.

5. Dringlichkeitsantrag ÖVP, FPÖ, Grüne, KPÖ und Alfred Klug

Schaffung eines regionalen Hilfsfonds zur Unterstützung der ansässigen Wirtschaft

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Stadtgemeinde einen regionalen Hilfsfonds für ortsansässige Wirtschaftsbetriebe in der Höhe von € 40.000,-- einrichtet. Bei der Vergabe der Unterstützung ist darauf zu achten, dass diese EPU's und KMUs zu Gute kommen.

Weiters möge der Gemeinderat beschließen, einen Verwaltungsausschuss in der Größe von sechs Mitgliedern (analog zu den bereits bestehenden Fachausschüssen) durch den Gemeinderat zu bestellen. Diesem wird die Aufgabe übertragen, Richtlinien für die Vergabe der Mittel aus dem Fonds zu erarbeiten sowie anhand dieser Richtlinien die Mittel freizugeben. Der Gemeinderat fordert den Bürgermeister auf, die konstituierende Sitzung dieses Ausschusses bis zum 10. Juni einzuberufen.

Begründung:

Durch die Einschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie sind viele regionale Wirtschaftsbetriebe in unserer Stadt unverschuldet in finanzielle Notlagen gekommen. Den pandemiebedingten Umsatzeinbußen stehen oft hohe Ausgaben in Form von Miet- oder Betriebskosten gegenüber. Vielen Wirtschaftstreibenden war es über Wochen nicht möglich, ihre Geschäfte zu öffnen. Da die wirtschaftliche Vielfalt unserer Region von vielen EPU's und KMUs ausgemacht wird, sollten wir diesen in dieser schwierigen Situation unter die Arme greifen. Um die demokratische Kontrolle für die hierfür aufgewandten öffentlichen Mittel zu gewährleisten, sollte die Abwicklung über einen Verwaltungsausschuss (§ 14 Abs. 2 bzw. § 28 GemO) erfolgen.

GR Mag. Ortner und GR Weiss, MSc fragen nach, welche Kriterien und Abwicklungsmodalitäten für die in den Medien veröffentlichten Hilfsmaßnahmen der Kleinbetriebe am Hauptplatz gelten und wer diese festgelegt hat.

Vizebürgermeister Fabian erläutert, dass sämtliche Fraktionen im Ausschuss *Soziales – Familie – Wohnen – Integration* eingebunden wurden und die Abwicklung über das Sozialamt erfolgen wird.

GRⁱⁿ Siegel führt an, dass bei den Klein- und Mittelbetrieben auch auf den Ortsteil Bad Gams nicht vergessen werden sollte.

Es wird der **einstimmige** Beschluss gefasst, diesen Dringlichkeitsantrag an den Ausschuss *Stadtmarketing – Vereine – Kultur* zu verweisen.

6. Dringlichkeitsantrag ÖVP

Impulsaktion für die Deutschlandsberger Wirtschaft

Der Gemeinderat möge beschließen, dem Stadtmarketing-Ausschuss den Arbeitsauftrag zur schnellstmöglichen Erarbeitung eines Konzeptes für die Umsetzung der nachfolgend ausgeführten Gutscheinaktion zu erteilen.

Begründung:

Die COVID-19 Krise hat unsere Wirtschaftstreibenden hart getroffen. Als Gemeinde müssen wir uns auch darum kümmern, etwas zur Unterstützung beizutragen.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, den Stadtmarketing-Ausschuss mit folgender Aktion zu beauftragen:

Es wird ein Budget (entnommen aus dem Stadtmarketing-Budget) in der Höhe von € 40.000,-- bereitgestellt, mit dem in einem definierten Aktionszeitraum Deutschlandsberg Gutscheine mit 15 % gestützt werden. D.h. für € 100,-- Deutschlandsberg Gutscheine zahlt der Konsument € 85,--. Die Anzahl der Gutscheine ist mit € 200,-- pro Person begrenzt.

So helfen wir sowohl unseren Bürgerinnen und Bürgern, als auch unseren Unternehmen und Betrieben in der Stadtgemeinde. Es handelt sich hierbei um eingespartes Geld, weil Veranstaltungen (leider, aber sinnvollerweise) nicht stattfinden.

Bei voller Ausnutzung des Budgets schaffen wir einen Einkaufsimpuls von mehr als € 260.000,--.

Vizebürgermeister Mag. (FH) Kovacic merkt an, dass für eine Befassung des Stadtmarketing-Ausschusses dieser regelmäßiger tagen sollte.

GR Dr. Strobl befürwortet die grundsätzliche Einsetzung von Hilfsmaßnahmen für UnternehmerInnen aber auch bedürftige BürgerInnen, wünscht sich in diesem Zusammenhang jedoch eine stärkere Einbindung aller Fraktionen des Gemeinderates.

Es wird der **einstimmige** Beschluss gefasst, diesen Dringlichkeitsantrag an den Ausschuss *Stadtmarketing – Vereine – Kultur* zu verweisen.

7. Dringlichkeitsantrag Alfred Klug

Projekt „Unterer Platz 7“ – weitere Vorgehensweise


Es wird der **einstimmige** Beschluss gefasst, diesen Dringlichkeitsantrag aufgrund eines laufenden Verwaltungsverfahrens in der nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung zu behandeln.

Der Vorsitzende:



.....
Mag. Josef Wallner

Der Protokollführer:



.....
Mag. Thomas Prattes

2020 -07- 2 2
Deutschlandsberg,